

Ansgar Klein / Heike Walk

Aufwind für Demokratiebewegungen im Westen?

♦ In den westlichen Demokratien mehren sich Demonstrationen und öffentliche Proteste. Der Artikel nimmt soziale Bewegungen in den Blick, die als Träger solch demokratischen Protests fungieren. Zudem lotet er Möglichkeiten und Grenzen der „neuen Medien“ für Protestbewegungen aus. Die Autorin und der Autor sind ausgewiesene Experten für die neuen sozialen Bewegungen. Sie forschen und lehren an unterschiedlichen wissenschaftlichen Einrichtungen in Berlin, unter anderem an der Humboldt-Universität und der Technischen Universität. (Redaktion)

In den Medien sind Proteste und soziale Bewegungen nach Stuttgart 21 und den Reaktionen auf die Katastrophe von Fukushima in Deutschland gegenwärtig wieder sehr präsent: In der arabischen Welt, in Spanien und Griechenland, neuerdings auch in Israel, den USA und in europäischen Ländern protestieren hunderttausende von Menschen gegen soziale Ungleichheit, die Auswirkungen der Finanzkrise und für mehr demokratische Rechte. Stuttgart 21, die „occupy-Bewegung“, aber auch der überraschende Erfolg der Piratenpartei in Berlin geben den Themen Demokratie und Gerechtigkeit hierzulande neuen Aufwind. Beide Bereiche ziehen sich in unterschiedlichen Gewichtungen durch die meisten Proteste.

Wodurch aber kommt es zu dieser neuen Konjunktur von Protest und sozialen Bewegungen? Was sind die Kennzeichen der gegenwärtigen Protestbewegungen? Welche Rolle spielen für ihre Praxis die neuen Medien und die Globalisierung? Welche Chancen hat insbesondere eine

neue Demokratiebewegung? Dies sind Fragen, die sich im Zusammenhang mit den neuen Entwicklungen stellen und die in diesem Artikel diskutiert werden sollen. Dabei werden zunächst einige historische und konzeptionelle Reflexionen zum Thema soziale Bewegungen präsentiert, um den Kontext, in dem die aktuellen Protestereignisse diskutiert werden, zu erläutern. Danach gehen wir auf die gegenwärtigen Demokratie- bzw. Partizipationsbewegungen ein, die sich vor dem Hintergrund veränderter Identitätsmuster und eines gesellschaftlichen Wertewandels formieren, in dem postmaterielle Werte und Fragen materieller Verteilung derzeit neue Verbindungen eingehen.

Die Forschung unterscheidet Gruppen von Bewegungen, die „gemeinsame Grundwerte teilen und ähnliche Vorstellungen gesellschaftlicher Ordnung entwickeln“. Dieter Rucht spricht in diesem Zusammenhang von sog. „Bewegungsfamilien“¹. So müssen die eher links-libertären „neuen sozialen Bewegungen“

¹ Dieter Rucht, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen*, Frankfurt/M.–New York 1994, 157.

der 1970er- und 1980er-Jahre von rechten sozialen Bewegungen, von religiös-fundamentalistischen oder von regionalistischen Bewegungen unterschieden werden.

Die folgenden Überlegungen zielen vor allem auf die „links-libertäre“ Bewegungsfamilie der „neuen sozialen Bewegungen“, auf deren aktuelle Verfasstheit und auf die Mobilisierungsperspektiven des Demokratiethemas. Die völlig anders gearteten sozialen Bewegungen etwa im arabischen Raum werden hier hingegen nicht weiter verfolgt. Für deren Analyse müssten Konzepte der sog. „Transformationsforschung“² ebenso wie regionale und kulturelle Besonderheiten berücksichtigt werden.

1 Was sind „Soziale Bewegungen“?

Was macht Bewegungen aus, wann werden einzelne Protestereignisse zu einer Bewegung? Und wie lässt sich der Verlauf von Bewegungen erklären? Nicht jeder Protest ist gleich als eine soziale Bewegung zu verstehen. Diese bedarf einer gewissen Kontinuität der kollektiven Handlung. Auch der Wunsch nach Veränderung und Beeinflussung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist ein wesentliches Merkmal sozialer Bewegungen. Die aktive Gestaltung sozialen

Wandels ist also eng mit Bewegungen verbunden. „Eine andere Welt ist möglich“, ist z. B. einer der Slogans der globalisierungskritischen Bewegung. Bewegungen fordern das etablierte System heraus, tragen zu Veränderung und Neuerung bei und stoßen (günstigstenfalls) Lernprozesse an.

Häufig eignen sich die Aktivisten zusätzliche Kompetenzen an und setzen sich mit den Machtstrukturen und dem politischen System auseinander. Auch werden für das jeweilige Themenfeld Wissen sowie Expertisen angesammelt und teilweise weitervermittelt. Soziale Bewegungen bedürfen unterschiedlicher Projekte und Initiativen. Aber umgekehrt sind Bürgerinitiativen nicht gleichzusetzen mit Bewegungen, denn sie können durchaus unabhängig von Bewegungen bestehen und über einen längeren Zeitraum existieren, ohne sich als deren Teil zu fühlen.³ Auch verfolgen viele Initiativen und Organisationen keine Gesellschaftsveränderung, sondern nur die Interessen ihrer Förderer oder Mitglieder. Insofern ist es wichtig, die Ziele und Interessen von sozialen Bewegungen genau zu verstehen. Eine NIMBY-Orientierung („not in my backyard“), d.h. eine Orientierung an partikularen Eigeninteressen von Bewegungsakteuren, gerät rasch in schwierige Abwägungsprobleme mit den weiter gehenden Interessen anderer Stakeholder-Gruppen⁴ und dieser

² Die Transformationsforschung beschäftigt sich mit Veränderungsprozessen in Staaten und Gesellschaften. Dies können Prozesse in Richtung Demokratisierung sein, aber auch Prozesse in Richtung der Ent-Demokratisierung (vgl. beispielsweise *Wolfgang Merkel*, Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen 2000).

³ Vgl. *Roland Roth / Dieter Rucht* (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M.–New York 2008.

⁴ Mit Stakeholdern werden unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen adressiert: Anspruchsträger, Interessenten und Betroffene, Interessierte Initiativen, Gruppen und Organisationen. Im Gegensatz zum Shareholder-Value-Begriff, der die Anteilseigner einer Organisation umschreibt, versucht das Prinzip der Stakeholder, die Bedürfnisse der unterschiedlichen Anspruchsgruppen zu berücksichtigen (vgl. z. B. *Frank Figge / Stefan Schaltegger*, Was ist Stakeholder Value? Vom Schlagwort zur Messung, Lüneburg–Genf–Paris 2000).

Umstand kann zu einem ernststen Mobilisierungsproblem werden.

Protest und Widerstand sind heute vor allem bei höher gebildeten Bevölkerungsgruppen deutlich stärker anerkannt und werden dort als selbstverständliche Formen des bürgerschaftlichen Engagements angesehen. Das wird auch in Umfragen bestätigt, in denen mittlerweile eine Mehrheit der Befragten die Nutzung der sog. unkonventionellen Formen der Beteiligung vom Demobesuch bis zur Teilnahme an Unterschriftensammlungen für selbstverständlich hält. Unkonventionelle Beteiligungsformen sind also längst im politischen Alltag angekommen und haben sich konventionalisiert, finden sich allerdings vor allem bei formal gut gebildeten gesellschaftlichen Gruppen.⁵

Soziale Bewegungen haben in der Vergangenheit sehr viele wichtige gesellschaftliche und politische Umbruchprozesse eingeleitet und unterstützt. Allgemein formuliert sind soziale Bewegungen kollektive Organisationsformen von Menschen, die auf eine mehr oder weniger tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft abzielen und sich dabei überwiegend der Strategien des politischen Protests bedienen (z. B. Straßendemonstrationen, Kampagnen und medienwirksam inszenierte Protestaktionen).⁶ Soziale Bewegungen haben Organisationen, die als sogenannte „Bewegungsorganisationen“ Unterstützung bei der Mobilisierung leisten (Ressourcenmobilisierung), doch sie werden nicht von diesen Organisationen dominiert. Sie knüpfen an

unterschiedlichste Probleme („agenda setting“ und „Framing“) an und versuchen günstige „Chancenstrukturen“ zu nutzen, die der Mobilisierung entgegenkommen. Zu den angesprochenen Problemen können soziale Ungleichheiten und Ausgrenzungstendenzen, die bekämpft werden sollen, ebenso zählen wie die Verwirklichung eigensinniger alternativer Lebensmuster und Lebensorientierungen, die vorangetrieben werden sollen.

Bewegungen werden häufig auch als die „weiche Seite“ des institutionellen Wandels der Gesellschaft bezeichnet. Sie sind Teil der politischen, sozialen sowie kulturellen Verhältnisse des gesellschaftlichen Zusammenlebens und verbinden den normativen Anspruch emanzipatorischer Politik und kritischer Begleitung demokratischer Praxis. Damit verbunden ist ein bestimmter Blick auf die Gesellschaft, nämlich „auf das Widerständige, das kollektive Agieren jenseits des gesellschaftlichen, politischen und auch wissenschaftlichen Mainstreams, auf Protest und Partizipation, auf Zivilgesellschaft und Engagement. Soziale Bewegung in diesem Sinne ist doppeldeutig: nicht nur als soziales Phänomen kollektiver Handlungen, sondern auch als etwas, das Bewegung in bestehende Strukturen und in das gemeinschaftliche Zusammenleben innerhalb einer Gesellschaft bringt.“⁷

Besondere Bedeutung erlangten die neuen sozialen Bewegungen in der Folge der Studentenbewegung in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren in Westdeutsch-

⁵ Die Umfrage wurde am 4. und 5. März 2011 vom Meinungsforschungsinstitut tns-Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung unter 1.000 repräsentativ ausgewählten Bürgern durchgeführt.

⁶ Vgl. *Felix Kolb*, Soziale Bewegungen und politischer Wandel, Deutscher Naturschutzring, Kurs Zukunftspiloten, Bonn 2002.

⁷ Vgl. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 23 (2011), Heft 2.

land. In Ostdeutschland spielten die „Bürgerbewegungen“ in der Wendezeit Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre eine wichtige Rolle. Thematische Schwerpunkte der neuen sozialen Bewegungen sind Frieden und Abrüstung, Ökologie, Menschen-, Frauenrechte und internationale Solidarität. Zum Umfeld der neuen sozialen Bewegungen zählen aber auch Selbsthilfegruppen im Gesundheits- und Sozialbereich, Schwulen- und Lesbengruppen, Hausbesetzer und militante „autonome“ Gruppen.⁸ Dabei greifen diese auf sehr unterschiedliche Taktiken und Aktionsformen zurück.⁹ Das sind beispielsweise Kundgebungen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Pressemitteilungen, Flugblätter, Öffentlichkeitskampagnen und viele andere Formen. In der Regel verfügen soziale Bewegungen weder über direkte Zugänge zum politischen System, noch über eine ökonomische Basis. Daher stellt die Öffentlichkeit die wichtigste Ressource dar, mit Hilfe derer die Ausübung von Einfluss möglich ist. In den letzten Jahren hat die Bedeutung des Internets und der sozialen Medien für die Kommunikation von Bewegungsakteuren stark zugenommen.

Der Einfluss gegenwärtiger Proteste auf die Politik ist größer geworden. Die Protestmobilisierungen zu Stuttgart 21 haben gezeigt, dass soziale Bewegungen in der Lage sind, das routinierte Agieren von gesellschaftlichen und politischen Institutionen zu stören. Je wahrscheinlicher und direkter eine Bewegung Einfluss auf

die Öffentlichkeit und damit auf das Wahlverhalten breiter Bevölkerungsschichten ausüben kann, desto erfolgreicher können auch politische Entscheidungen beeinflusst werden. So hat die durch die Proteste gegen Stuttgart 21 mitgeprägte Landtagswahl in Baden-Württemberg im Frühjahr 2011 erstmals einen grünen Ministerpräsidenten an die politische Spitze gebracht. Zu denen, die sich derzeit positiv auf die „occupy-Bewegung“ beziehen, die sich in Folge der weltweiten Finanzkrise gebildet hat, gehört auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Vor dem Hintergrund von Stuttgart 21 hatte sie sich deutlich für eine Demokratisierung der repräsentativen Demokratie ausgesprochen.¹⁰

Der Blick auf die Bewegungslandschaft in Ostdeutschland offenbart eine unterschiedliche Entwicklung: In den 1990er-Jahren erlitten die Bürgerbewegungen, die sich während der Wendezeit in Ostdeutschland gebildet hatten, einen raschen Bedeutungsverlust. Es konnten sich nur wenige Gruppen institutionalisieren und einen – vom Westen unabhängigen – Politikstil durchsetzen. Aufgrund der drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den neuen Bundesländern verschwanden viele Bürgerbewegungsanliegen.¹¹ Erst seit wenigen Jahren wächst die Bedeutung der sozialen Bewegungen in den neuen Bundesländern in typischen Aktionsfeldern (Stadtanierung, Ökologie, gegen Fremdenfeindlichkeit). Häufig gründen sich die Initiativen in Verbin-

⁸ Vgl. Roland Roth / Dieter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945 (s. Anm. 3).

⁹ Vgl. Felix Kolb, Soziale Bewegungen (s. Anm. 6).

¹⁰ Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Festakts zur Verleihung des ersten Reinhard Mohn Preises, 2011 (http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Rede/2011/06/2011-06-16-merkel-reinhard-mohn-preis.html – Zugriff: 21.09.2011).

¹¹ Vgl. Thomas Gensicke / Thomas Olk / Daphne Reim / Jenny Schmithals / Liudger Dienel, Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland, Wiesbaden 2009.

dung mit öffentlichen Enttäuschungen über die Mechanismen und Problemlösungsfähigkeiten der Parteien und Interessenverbände.

Auch auf der internationalen Ebene hat sich im Zuge der Transnationalisierung und Globalisierung von Wirtschaft, Politik und Kultur seit den späten 1990er-Jahren ein heterogenes Spektrum von globalisierungskritischen Gruppen und Bewegungen herausgebildet.¹² Hierbei werden zum einen viele „klassische“ Forderungen der sozialen Bewegungen gebündelt und vor allem auf transnationaler Ebene und gegenüber internationalen Regierungsinstitutionen geltend gemacht. Fragen der globalen Wirtschafts- und Finanzordnung sowie der Transparenz und Demokratie werden in vielen Regionen der Welt diskutiert. Gerade hier dürfen angesichts der weltweiten Finanzkrise noch größere Mobilisierungspotenziale vermutet werden.

2 Aktuelle Bewegungskonjunkturen

Inwiefern unterscheiden sich die gegenwärtigen Protestbewegungen von früheren Bewegungen? Während es in der Vergangenheit bei den neuen sozialen Bewegungen häufig um Lebensstile und um sensible Bereiche der Lebensführung und Lebensgestaltung, beispielsweise um Fragen der sexuellen Wahl oder aber der gesellschaftlichen Anerkennung und Integration von MigrantInnen sowie um Frieden und Umwelt (also eher um nichtmaterielle Fragen) ging, rückten in den letzten Jahren eher materielle Fragen in den Fokus von Protestmobilisierungen, etwa Hartz IV oder

auch Themen, die durch die Finanzkrise ausgelöst wurden.

Das Jahr 2011 war geprägt von mehreren wichtigen Ereignissen, zu denen sich unterschiedlichste Protestbewegungen herausgebildet haben. Da sind zum einen die Ereignisse, die sich unter dem Titel „arabischer Frühling“ zusammenfassen lassen, anzuführen. Begonnen hatten die Proteste in Tunesien, wo innerhalb kürzester Zeit der autokratisch regierende Präsident Ben Ali aus dem Amt gejagt wurde. Danach erfasste der „arabische Frühling“ immer mehr Länder in der Region. Ägyptens Staatschef Mubarak gab dem Druck der Bürger nach und trat ebenfalls ab, Gaddafi in Libyen wurde im offenen Bürgerkrieg gestürzt und Assad in Syrien geht weiterhin mit brutaler Gewalt gegen die eigene Bevölkerung vor. Doch von einer demokratischen Stabilisierung bzw. einer nationalen Demokratiebewegung sind Ägypten, Tunesien oder Libyen noch weit entfernt. Die politische Landschaft Tunesiens etwa ist noch völlig zersplittert (über 70 Parteien traten zur Wahl an) und nur die Islamistenpartei präsentierte sich geeint – mit überraschend moderaten Forderungen.

Auch in Europa, vor allem in Spanien und Griechenland, sind große Protestmobilisierungen entstanden. Auf den zentralen Plätzen in Madrid und Athen kamen über längere Zeit regelmäßig hunderttausende Menschen zusammen, um demokratischere Strukturen, transparente Verfahren und eine gerechte Verteilung der Finanzkrise-Folgen zu fordern. Ein weiteres wichtiges Ereignis war die Reaktorkatastrophe in Fukushima, die vor allem in Deutschland zu einem unglaublichen Auftreten der Anti-Atomkraftbewegung

¹² Vgl. *Donatella della Porta / Sidney Tarrow* (Hg.), *Transnational Protest and Global Activism*, Lanham 2005.

geführt hat. Hierzulande entwickelte sich ein massiver Protest, während er in Japan bis heute sehr überschaubar blieb. Dort hatte es zuvor nie eine Anti-Atomkraftbewegung gegeben und waren die Themen Atombombe und Atombombenopfer tabuisiert.

Auch das Bahnprojek Stuttgart 21 – wie oben bereits angesprochen – erfuhr eine breite Öffentlichkeit und eine Schubkraft, die in dieser Heftigkeit kaum voraussehbar war. Dabei ist der Protest gegen das Projekt kein nationales Ereignis, sondern vielmehr stark lokal verankert: Zwei Drittel der Demonstranten kommen aus Stuttgart, mehr als 90 Prozent aus Baden-Württemberg. Die Mobilisierung erfolgte nicht über Großorganisationen – wie etwa Gewerkschaften –, sondern fand eher auf dem weniger klassischen, dem persönlichen Weg statt. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Stuttgart 21 stark von anderen Protesten. Nach Ansicht des Protestforschers Dieter Rucht differieren die aktuellen Konflikte insgesamt deutlich weniger von früheren Protesten als angenommen. Demonstrationen gegen lokale Bauvorhaben, an denen gut situierte, konservative Bürger teilnehmen, gebe es seit langer Zeit. Neu sei allerdings, wie häufig und gut besucht die Demonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21 sind.¹³ Gleichzeitig hat sich der Konflikt um den Stuttgarter Bahnhof zu einer Debatte über mehr demokratische Mitsprache ausgeweitet. Die Bürger und Bürgerinnen wollten mitgestalten und gingen dafür auch auf die Straße.

3 Demokratisierung: Ein Bewegungsthema?

Das Demokratiethema ist jedoch nicht nur für die Öffentlichkeit virulent, auch Akteure des politischen Systems greifen das Thema auf bzw. unterstützen vereinzelt Projekte. So hatte sich etwa Bundespräsident Christian Wulff während seiner Amtszeit die Aufgabe gesetzt, das Thema „Zukunft der Demokratie“ stärker hervorzuheben.¹⁴ Wenn es nicht nur bei verbalen Bekenntnissen geblieben wäre, dann hätten hier viele Aufgaben auf den Bundespräsidenten gewartet, denn der Aus- und vielleicht sogar Umbau demokratischer Strukturen ist noch nicht wirklich in Fahrt gekommen. Die Fakten für die Notwendigkeit der Demokratisierung liegen auf der Hand, angefangen von einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung über Mitgliederverluste bei Parteien bis hin zur fehlenden Demokratieakzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern vor allem in den neuen Bundesländern.¹⁵ Gleichzeitig sind die Chancen für eine Demokratisierung repräsentativer Demokratien insgesamt eher günstig aufgrund der föderalen Struktur des politischen Systems und der Vielfalt der Akteure. Viele Bundesländer in Deutschland haben sich als große Unterstützer und Treiber hervorgehoben:

Einige Landesregierungen versuchen eigene Demokratieprojekte auf die Beine zu stellen. So hat Baden-Württemberg mit Gisela Erler eine Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Stimmrecht im Landes-

¹³ Dieter Rucht im Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 30.11.2010.

¹⁴ Christian Wulff, Abschlussveranstaltung zum Bürgerforum 2011, in: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2011/05/110528-Buergerforum-Abschluss.html> (Zugriff: 21.09.2011).

¹⁵ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten, polis I sinus. Gesellschaft für Sozial- und Marktforschung mbH, München 2008.

kabinett etabliert. Sie hat sich das Thema Partizipationsförderung besonders auf die Fahnen geschrieben. In Rheinland-Pfalz wurde nach der Landtagswahl eine Enquete-Kommission zu Fragen der Demokratie eingerichtet. Es wird dort auch an einem Gesetzesentwurf zur Partizipation bei Großprojekten gearbeitet. Auch die Bundeskanzlerin hat das Demokratiethema für sich entdeckt.¹⁶ Fast scheint es so, als bedürfte es einer Demokratiebewegung bei so viel staatlicher Lernbereitschaft gar nicht mehr. Zumindest erschwert ein derart großes Entgegenkommen eine Mobilisierung.

Die Geschichte sozialer Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland insgesamt lässt jedoch das Demokratiethema als das große gemeinsame Thema der links-libertären sozialen Bewegungen erscheinen, das durch die aktuellen Protestbewegungen noch einmal an Bedeutung gewinnt: In ihrem Handbuch der sozialen Bewegungen in Deutschland geben Dieter Rucht und Roland Roth¹⁷ hierzu einen guten Überblick: Soziale Bewegungen haben demnach gegen den Abbau von Demokratie und für die Vertretung schwacher Interessen mobilisiert. Damit wurde die Kultur der Partizipation gestärkt und es wurden auch Impulse zur Demokratisierung aller Lebensbereiche gesetzt. Gegen allzu großes Technikvertrauen wurde ebenso mobilisiert, wie sich die sozialen Bewegungen für neue Formen der demokratischen Beteiligung (Bürgerforen,

Planungszellen, Bürgerhaushalte etc.) eingesetzt haben. Damit wurde zum Aufbau einer „demokratiepolitischen Agenda“ maßgeblich beigetragen.

Derzeit verfügt die Demokratiebewegung noch über wenig etablierte Akteure und handelt eher dezentral und lokal. Auf der nationalen Ebene wird jedoch derzeit ein neues „Netzwerk Bürgerbeteiligung“ unter Federführung der Stiftung MITARBEIT aufgebaut. Im Engagementbereich gibt es seit 2002 das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), das in seiner Agenda Themen der Engagement- und Demokratieförderung eng verbindet. Auf der europäischen Ebene werden die ab 2012 nutzbaren Möglichkeiten einer „Europäischen Bürgerinitiative“ mit Spannung erwartet.

4 Welche Rolle spielen die neuen Medien für die neuen Bewegungen?

Die Funktionen des Web 2.0 waren gerade für die Demokratiebewegungen in der arabischen Welt von zentraler Bedeutung. Die Möglichkeit, über das Internet schnell Information auszutauschen und große Distanzen rasch zu überwinden, trägt zu neuen Kommunikations- und Beziehungsmustern der Nutzerinnen und Nutzer bei. Dabei gibt es ganz unterschiedliche Formen der internetbasierten Kommunikation, beispielsweise Weblogs, Wikis etc.,¹⁸

¹⁶ Vgl. die Rede von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* (s. Anm. 10).

¹⁷ Vgl. *Roland Roth / Dieter Rucht* (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945* (s. Anm. 3), 663 ff.

¹⁸ Weblogs und Wikis: Beides sind Werkzeuge, mit denen Internetauftritte gestaltet werden. Weblogs, häufig auch Blogs genannt, sind Webseiten, die Artikel in chronologischer Reihenfolge darstellen. Sie dienen einem oder mehreren Autoren (Gemeinschaftsblog) dazu, Inhalte über die unterschiedlichsten Themen zu veröffentlichen. Wikis sind Inter- oder Intranetseiten, die von mehreren Personen kooperativ erstellt werden können.

die sich auch hinsichtlich der Möglichkeiten der Transparenz, Kontrolle und Selektion unterscheiden. Einerseits stoßen, wie jüngste Versuche von Diktaturen gezeigt haben, Versuche, das Internet komplett zu kontrollieren, an ihre Grenzen. Andererseits entwickeln sich über das Internet auch neue Mobilisierungsformen vom „flashmob“ bis zur „Spontanparty“ mit teilweise auch für die Beteiligten überraschenden Folgen (so etwa die Erfahrung von internetbasierten Partymobilisierungen, die zu unkontrollierten Events geraten, bei denen sich dann auch versammlungsrechtliche Fragen neu stellen).

Die Bedeutung des Internets wird spätestens seit dessen erfolgreichem Einsatz im Wahlkampf von Obama in den westlichen Demokratien selber intensiv diskutiert. Für soziale Bewegungen ist auf völlig neue Phänomene bzw. Formen der Mobilisierung über Internet zu verweisen: So folgen tausende von Menschen zum Beispiel Einladungen über Facebook auch ohne traditionelle Wege der Mobilisierung. Mobilisierungsformate wie „flashmobs“ stehen für eine ganze Reihe von medial basierten neuen Formen der Mobilisierung und Bewegungsorganisation. Bei Studentenstreiks wurde etwa die ganze Versorgungsinfrastruktur bis hin zur Suppenküche über facebook organisiert. Wir finden aber auch bei den konventionellen Beteiligungsformaten Innovationen aufgrund der neuen Medien. So gibt es Online-Petitionen als neues Format im parlamentarischen Raum oder seit längerer Zeit Internetakteure wie „campact“, die sehr professionell zu aktuell laufenden Entscheidungen im parlamentarischen Raum im Internet kritische Postings veröffentlichen, so dass es eine außerparlamentarische Beteiligung mit Bezug auf parlamentarische Entscheidungen gibt. Diese Beispiele könnten problem-

los erweitert werden. Sie machen deutlich, wie die neuen Medien zu erheblichen Veränderungen im Feld der Bürgerbeteiligung und Protestmobilisierung beitragen.

Aber auch bei den neuen Medien – und hier noch sehr viel intensiver – finden sich die alten journalistischen Probleme der Informationsüberflutung und der Aufmerksamkeitssteuerung. Insofern ist vor einer naiven Überschätzung der neuen Medien zu warnen – sie verändern vieles, erfordern jedoch ebenso viel an Aufmerksamkeit und zunehmender journalistischer Anstrengung. Und zahlreiche Menschen sind im „digital gap“ noch längst nicht beteiligt. In der Zivilgesellschaft gibt es daher erheblichen Fortbildungsbedarf die neuen Instrumente der Beteiligung betreffend, vor allem bei bildungsschwächeren Gruppen. Die „alten“ Medien sind zudem keineswegs obsolet. Die Mischung neuer und alter Medien sowie das Aufzeigen von Chancen und Grenzen des Internets sind wichtige Themen auf der Agenda von Bürgerbeteiligung und Demokratie.

Der Autor: PD Dr. Ansgar Klein, geb. 1959 in Berlin, Diplom aus Soziologie (Universität Frankfurt), Promotion aus Politikwissenschaft (FU Berlin), Habilitation aus Politikwissenschaften an der Universität Bremen; Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit August 2002 Geschäftsführer des „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagements“. Mitherausgeber des Forschungsjournal „Neue Soziale Bewegungen“ (Verlag Lucius & Lucius, Stuttgart) und der Buchreihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“ im VS-Verlag (Wiesbaden). Aktuelle Veröffentlichungen: *Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung*, Opladen 2001; Hrsg. zus. mit Thomas

Olk und Birger Hartnuss: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden 2010; Hrsg. zus. mit Petra Fuchs und Alexander Flohé: Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich („Hand_ und Arbeitsbücher 19), Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin 2011.

Die Autorin: PD Dr. Heike Walk, geb. 1966 in Eltville, hat an der Freien Universität Berlin im Fach Politikwissenschaft promoviert und an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster habilitiert. Sie arbeitet als Projektleiterin an zwei Forschungsinstituten: Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin und in-

ter 3. Institut für Ressourcenmanagement in Berlin. Frau Walk ist Sprecherin des Arbeitskreises „Soziale Bewegungen“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft und Mitherausgeberin der Buchreihe „Bürgergesellschaft und Demokratie“ im VS-Verlag. Aktuelle Veröffentlichungen: Hrsg. zus. mit Alex Demirovic: *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*, Münster 2011; *Partizipative Governance. Beteiligungsrechte und Beteiligungsformen im Mehrebenensystem der Klimapolitik*, Wiesbaden 2008; zus. mit Achim Brunnengräber: *Multi-level Governance. Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt* (Schriften zur Governance-Forschung 9), Baden-Baden 2007.



Widerspruch aus Loyalität

Darf man seine Gruppe oder eine Institution oder die Autoritätsperson kritisieren? Und umgekehrt: Muss man nicht manchmal – gerade aus Loyalität – widersprechen? Was ist die rechte Loyalität? Wie kann ein Kritiker sich selbst prüfen? Und wie soll der Kritisierte mit Kritik umgehen? – Hilfen zur Unterscheidung der Geister.

Klaus Mertes **Widerspruch aus Loyalität**
64 Seiten · gebunden · ISBN 978-3-429-03172-5
6,90 Euro [D] / 10.50 CHF / 7,10 Euro [A]

In Ihrer Buchhandlung.

 **echter verlag**
www.echter-verlag.de